

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Kreuzmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehntägige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 19. März. [Zur Habsburg-ohenzollern'schen Allianz] wird die Nachricht, daß Lord Clarendon eine Depesche nach Venedig geschickt habe, um vom Kriege mit Oesterreich abzunehmen, bezweifelt. Dagegen gehen Gerüchte in einer Mittheilung, welche Graf Apponyi beauftragt worden sei, in London bezüglich der Haltung Oesterreichs zu machen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist dieselben für „erdichtet“. Der officiöse Wiener Correspondent der „Börsenhalle“ meint, der Konflikt zwischen Oesterreich und Preußen sei in diesem Moment auf die höchste Spitze getrieben und erntet vor friedfertigen Illusionen in dieser Beziehung. Es sei nach vorliegenden, allerdings unkonfirmierten (!) zu verschweigenden Thatsachen, leider gewiß, daß man an der Schwelle eines neuen Jahres 1850 stehe, wenn sie nicht schon überschritten sei.

— [Zur Elbherzogthümerfrage] wird in Berlin telegraphirt:

Durch übereinstimmende Nachrichten wird bestätigt, daß Oesterreich sich an den auswärtigen Höfen keineswegs officiell gegen die Annexion ausgesprochen hat. Auch fragliche Mittheilung in London soll besonders die Wehr der Voransetzung, daß Oesterreich aggressiv aufste, zum Gegenstande gehabt haben.

Es ist wohl zu beachten, daß dies aus Berlin telegraphirt wird. Auch bleibt es unbegreiflich, warum man noch immer nicht erfährt, welche Vergütung dann Oesterreich an seine Zustimmung stipult.

— [Die „Nordd. Allg. Ztg.“] erklärt auf von uns mitgetheilten Citate der „Volkszeitung“, daß sie „unter so verschiedenen Verhältnissen, wie sie die Jahre 1862 und 1866 darbieten, noch keinen Anstand nimmt, jene, selbst aus dem Zusammenhange gerissenen Sätze, nochmals unterschreiben“ und fährt dann wie folgt fort: Wir sehen auch heute nur jene drei Wege zur Bildung einer deutschen Centralgewalt und entscheiden uns, natürlich auch damals, für die freie Vereinbarung der Fürsten.

Wir glauben auch heute, daß die Niederlage der deutschen Politik im Jahre 1850 deshalb vorauszusetzen war, weil diese Politik nicht auf das Land zählen konnte. Niemals wird die Politik der Gothaer im Volke odem gewinnen.

Wir glauben ferner auch heute, daß die Regierung in einem Kriege der Sympathieen des preussischen Volks verfehlt sein muß, und sind sogar der Meinung, daß sie heute derselben verfehlt sein kann.

Wir sind auch heute der Meinung, daß es wohlthun ist, bei einem Kriege die auswärtigen Freunde zählen.

Wir glauben auch heute, daß eine Annexionspolitik dem Schema der italienischen Einheitsbewegung für Deutschland nicht paßt.

Wir glauben auch heute, daß es verwerflich ist, den Büchern Dinge zu versprechen, von denen man vorher-

sieht, daß man sie nicht halten kann, und sind auch heute der Meinung, daß das Pratorianerthum für das neunzehnte Jahrhundert keine wünschenswerthe Regierungsform sein werde.

Das heißt doch sich die Sache leicht machen! Also weder Annexionspolitik noch gothaische „moralische Eroberung“, sondern: „freie Vereinbarung der Fürsten“. Wie stimmt das zu der seither vom gegenwärtigen preussischen Ministerium verfolgten und von der „Nordd. Allg. Ztg.“ vertretenen Politik? Was aber das Programm selbst, „die freie Vereinbarung der Fürsten“ betrifft, so ist es, selbst angenommen, daß eine „freie Vereinbarung der Fürsten“ in dieser für das Souveränitätsgelüste eines jeden einzelnen so heiligen Frage möglich wäre, dem Zeitgeiste geradezu widerstrebend, daher unausführbar. Die Fürsten allein d. h. für sich vermögen heutzutage gar nichts, wenn nicht das Volk hinter ihnen steht. Ein Staat auf Paponen ist unmöglich geworden.

Um aber noch einmal auf die Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit einer „freien Vereinbarung der Fürsten“ zurückzukommen, empfehlen wir der preussischen Officialen einen Artikel des ministeriellen „Dresd. Journals“, den man ihm aus Wien schreibt und der wie folgt lautet:

Die Diversität, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ vermittelst der Bundesreformfrage versucht, kann schon aus dem Grunde nicht ernst gemeint sein, weil dieses Blatt nicht gesäumt hat, die Versicherung zu ertheilen, daß in der preussischen Anschauung bezüglich dieser Frage seit dem Frankfurter Fürstentage sich nichts geändert habe. Bekanntlich theilt nun aber die Mehrzahl der Bundesregierungen diese Anschauung nicht, auch kann in der inzwischen hinsichtlich der Herzogthümer-Angelegenheit gemachten Erfahrung für die bundesstreuen Regierungen am wenigsten ein Motiv liegen, ihre Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des föderativen Princips im Deutschen Bunde zu ändern und sich zu der Doctrin von dem Betrecht der deutschen „Vormächte“, wie speciell von der Nothwendigkeit der Verhärtung der Nachstellung Preußens in Deutschland, zu bekehren. Man kann also die Verständigung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Bezug auf eine Wiederaufnahme der Bundesreformfrage durch preussische Initiative sichtlich vorläufig auf sich beruhen lassen. Gleichwohl ist dem genannten Blatte beizustimmen, wenn es sagt, daß die schleswig-holsteinische Frage in der Bundesreformfrage enthalten sei; wenigstens ist dies in dem Sinne wahr, als die erstere sich zur deutschen Frage gehalten hat, daher mit derselben ihre Lösung finden wird, während der Versuch, sie als bloße Nachfrage zur Entscheidung zu bringen, bereits als gescheitert zu betrachten ist. Und in der That wird sich dies practisch bewahren, falls es zwischen Oesterreich und Preußen zum Bruch kommt. Denn in diesem Falle tritt an den deutschen Bund die Pflicht heran, den etwaigen Folgen eines solchen Bruches zwischen zweien seiner Mitglieder vorzubeugen und vor allen Dingen für Aufrechterhaltung des Bestandes Sorge zu tragen, während den betreffenden Bundesstaaten ihrerseits die Verbindlichkeit obliegt, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen. Es handelt sich hierbei um Grundgesetze des Bundes (B. A. Art. XI.; W. Schl.-A. Art. XIX.), die bei keiner irgend denkbaren Reform seiner Organisation umgestoßen wer-

den können, die daher Preußen so gut wie Oesterreich sicherlich respectiren wird.

Man sieht, die Meinungsdivergenzen sind nichts weniger als unerheblich.

— [Die neueste jammervolle Taktik der preussischen Fortschrittler-Partei] wird im „Deutsch. Wochenbl.“ von seinem Berliner Correspondenten sehr treffend lächerlich gemacht, indem er schreibt:

„Herr v. Bismarck ist auf dem Rückzuge,“ jubeln die Fortschrittler. Und woraus schließen sie das? Aus dem Umstand, daß die Untersuchung gegen Schulze (vom Urbrei) niedergeschlagen, und die Verfolgung der Herren Twesken und Frenzel vorläufig angehalten worden ist. Unglücklicher Weise liegt gerade hierin ein Triumph des Herrn v. Bismarck, der von vorn herein gegen Gewaltmaßregeln im Inneren war. Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, wo die Fortschrittspartei mit ihm ging, ist Herr v. Bismarck allerdings durchgefallen; aber die erwähnten Maßregeln beweisen, daß es ihm gelungen ist, auf dem Gebiete der inneren Politik mit seinen Anschauungen gegen die Junkerpartei durchzudringen; und, wenn sich die Herren Fortschrittler deshalb freuen, so verräth das einen traurigen Mangel an Takt und Urtheil. Hätte die Regierung die Prozesse gegen Schulze, Twesken u. s. fortgeführt, und Prozesse gegen andere Abgeordnete wegen deren Thätigkeit in der Kammer angestrengt — hätte sie etwa nicht den parlamentarischen Kampf auf ein anderes, ihr weit gefährlicheres Feld hinübergepielt und den Fortschrittler zu einem wohlfeilen Märtyrertum, zu politischem Kapital verholzen? Mit der Taktik der Fortschrittspartei in der Kammer konnte und kann die Demokratie nicht einverstanden sein — eine gerichtliche Verfolgung der Kammer-Mitglieder hätte ihnen die Sympathie des ganzen Landes zugewandt. Und daß Herr v. Bismarck ihnen diese prächtige Gelegenheit zur Popularitätshochzeit entriß hat, darüber jubeln die Leute! O heilige Einfalt!

Giebt es in der That etwas Erbärmlicheres als die Taktik dieser Leute, die, wie die „Volkszeitung“ es thut, um die preussische Regierung zu ärgern, die Oesterreichische verberlichen und die Freiheit in Oesterreich finden wollen, weil sie zu feige und ohnmächtig sind, sie in ihrem preussischen Heimatlande herzustellen, indem sie, und mit Recht, das von ihnen als Mittel zum Zweck betrachtete Volk mehr fürchten, als ein strammes ministerielles Regiment, das ihre parlamentarischen Souveränitätsgelüste zu zügeln versteht. Und diese Leute wollen Demokraten sein! Eine wahre Affenschaube!

— [Die verlorene „Volks-Zeitung“], denn als verloren in den Augen der Arbeiter können wir sie getrost betrachten, muß jetzt, wie dies ja gar nicht anders möglich war, die alte Wahrheit an sich erfahren, daß Schein und Täuschung nur vorübergehende Triumphe feiern. Immer mehr und mehr wird sie von den Arbeitern als das erkannt, was sie eigentlich ist und was sie zu sein ehrlich zugestehen sollte: als ein Organ der liberalen preussischen Bourgeoisie. Hören wir, wie man neuerdings, es war am 14. d. Mt., in Arbeiterkreisen Leipzigs über das

„Organ für Jedermann aus dem Volke“ geurteilt hat. Das neueste „Deutsche Wochenblatt“ enthält darüber folgenden Bericht:

Leipzig, den 15. März. Gestern Abend ging es in dem Arbeiterbildungsverein heiß her. Der Vorstand, empört über die gesinnungs- und prinziplose Haltung der „Berliner Volkszeitung“ hatte die Abschaffung des Organes für Jedermann aus dem Volke beschlossen. (Apropos, für Jedermann aus dem Volk ist eine ganz richtige Bezeichnung, denn wer an der „V.-Z.“ Gefallen findet, muß aus dem Volke heraus sein.) Als der Beschluß dem Verein mitgeteilt wurde, erhob sich keine Stimme der Mißbilligung. Aber unter den Gothaern und milchwasserblauen Demokraten, welche die Lindenstadt unsicher machen, entstand ob der traurigen Nährseelen und Zähnelappern, verbunden mit nervösem Schütteln der Köpfe und einem krampfhaften Auf- und Abschneulen der respektiven Zungenmuskeln. — Genug, man erholte sich vom ersten Schreck und beschloß, Alles anzubieten, um die Nichtbestätigung des gotteslästerlichen Beschlusses von Seiten des Vereins zu erwirken. Und wenn es sich um nichts Gefährliches oder den Geldbeutel Angreifendes handelt, können solche Gothaer und Milchwasser-Demokraten sehr thätig sein. Gestern Abend nun sollte der entscheidende Sturm geschlagen. Die Versammlung war zahlreich besetzt, der Saal gedrängt voll. Der brave Vorsitzende, Bebel, stellte im Namen des Vorstandes den verhängnisvollen Antrag, und begründete ihn kurz. Ueber die Debatte, welche sich entspann, nur ein paar Worte. Der Einzige, welcher die „Volkszeit.“ durch Dick und Dünn vertheidigte, war ein Kolporteur fortschrittlicher Blätter, der also pro aris et focis stritt, und in Folge übereifrigen Biergenusses in solche Begeisterung gerieth, daß es fast nöthig gewesen wäre, ihn zu entfernen. Kein anderer Redner gegen den Vorstands-antrag vertheidigte das „Organ für Jedermann aus dem Volke“; — es hieß bloß, man müsse auch den Gegner hören, und „so gut man die (Beussche) Leipziger Zeitung habe, solle man auch die „Volks-Zeit.“ nehmen. Herr Liebknecht gab eine kurze Charakteristik und Geschichte des edlen Blätchens, wie es sich unter Mantensel und Biemarck geduldet, wie es nach den Juni-Ordnungen tapfer den Mund gehalten, die indirecte Annexion Schleswig-Holsteins bekämpft, das allgemeine Stimmrecht verlangt, das Koalitionsrecht bekämpft, die demokratischen Gegner der Fortschrittspartei systematisch verleumdete, durch Zurückweisung berechtigender Erklärungen die erste Regel des Journalisten Anstandes verletzte — wie es auf dem Gebiet der auswärtigen Politik Bonaparte, den Raub des Staatsreichs, zum Genie und Freiheitsapostel gekemelt, ihm im Italiener-Krieg zum officiellen Organ gedient, die mexicanische Expedition noch vor Jahresfrist als ein Wunder von Klugheit gepriesen, doch der Raum reicht nicht aus für das lange Sündenregister. Herr Bebel schilderte dann noch speciell die Haltung der „Volks-Zeitung“ in der Arbeiterfrage. — Bei der Abstimmung hatte „das Organ für Jedermann aus dem Volke“ nur 17 Stimmen, schreibe siebenzehn Stimmen; der Rest der Anwesenden, wenigstens 150 Mann, waren für die Abschaffung der Dunder-Vernunft'schen Verdummungs-Maschine. Bravo!

Ja, ja; „die Wahrheit bohrt sich durch.“

[Ein neues Arbeiter-Organ], im wahren Sinne des Wortes, ist in Leipzig in dem „Der Votschaster“ betitelten Organ der deutschen Cigarren-Arbeiter entstanden, welches wöchentlich einmal unter der verantwortlichen Redaction von F. W. Frisjsche (Cigarren-Arbeiter) und Edmund Freysch in Leipzig erscheinen wird. Die Redaction des Blattes sagt in ihrem Einführungs-worte:

Der beste Beweis, den der deutsche Arbeiter von seinen Fortschritten auf dem Wege der Bildung und Gesittung geben kann, ist jedenfalls der, daß er die Presse für den Zweck der Förderung seines leiblichen und geistigen Wohles zu benutzen strebt, und es war daher ein erfreuliches Zeichen der Zeit, als bei dem während des letzten Weihnachtsfestes in Leipzig abgehaltenen Cigarrenarbeiter-tage die daselbst aus den verschiedensten Gauen des deutschen Vaterlandes anwesenden Delegirten den Beschluß faßten, daß der Allgemeine deutsche Cigarrenarbeiterverein die Gründung eines Vereinsorgans anstrebte, und zu diesem Zwecke eine Commission für die diesfälligen Vorbereitungsarbeiten ernannten.

Die Commission ist dem ihr gewordenen Auftrage nachgekommen, und es tritt mit der gegenwärtigen Probe-nummer des „Votschaster“ die reife Frucht ihrer Thätigkeit vor die Öffentlichkeit.

Der „Votschaster“ ist nicht das Werk irgend welcher buchhändlerischen Speculation, sondern so recht eigentlich erwächst derselbe mitten aus den Arbeiterkreisen heraus. Vom Arbeiter für den Arbeiter gegründet, darf sich jeder dem Arbeiterpublikum angehörende Leser dieses Blattes mit Stolz sagen, daß dies ein Resultat der Bildung und fortschreitenden Cultur der deutschen Arbeiter ist.

Das Programm oder die Zielpunkte, nach denen der „Votschaster“ streben wird, braucht eigentlich nicht erst besonders dargelegt zu werden, da sich dieselben von selbst ergeben: der Grundzug seines Wesens muß, da er ein Kind des Volkes ist, nothwendig ein demokratischer, und da er das wirtschaftliche Leben der Gesellschaft vorzugsweise berührt, eben auch ein sozial-demokratischer sein. Daß der „Votschaster“ nicht um seiner Existenz willen den Mantel nach irgend welchem Winde hängen wird, liegt eben so klar, da er nur dem Volke gehört, und wo es gilt, stets als in dessen Anstange handelnd sich zu betrachten, deshalb aber, und weil das Volk Wahrheit und Gerechtigkeit heischt und verlangt, die Wahrheit auch in allen Fällen zu vertreten hat.

Was der „Votschaster“ speziell seinen Lesern bieten, wie seine Haltung beschaffen sein wird, davon soll diese Probe-nummer das Bild geben.

An Euch nun, Vereinskassen des Allgemeinen deutschen Cigarrenarbeitervereins, richtet der „Votschaster“ sich mit der freundlichen Bitte, ihn, Euer Kind, Euer gemeinsames Eigenthum, recht freundlich aufzunehmen in Eurer Kreise; er wird dafür natürlich auch treulich Euch anbahnen in Freuden und Leidensangelegenheiten, und Euer Sache wird stets auch die seine sein müssen. Nun frisch an's Werk und richtig geschafft.

Mit demokratischem Gruß und Handschlag!

In einem „Unser sociales Glaubensbekenntniß“ überschriebenen Artikel führt der Verfasser desselben, F. W. Frisjsche, aus, worauf das Streben der Arbeiter im gegenwärtigen Zeitpunkte gerichtet sein muß. Der hehrwürdige Artikel lautet:

Das Motto, das wir unserer Zeitung an die Stirn geschrieben,*) deutet die Hauptrichtung unsers sozialen Wirkens an.

Wenn ein neues dauerhaftes Gebäude errichtet werden soll, so muß der gute Baugrund vorher von allem Geröll befreit werden.

Wir wollen fleißig daran arbeiten, alles verwitterte Gestein zu beseitigen, damit der Fels, auf den die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll, kahl und rein, auf daß bald die Arbeit in ihren Tempel zum Heile der Menschheit einziehen möge; denn wir sind der festen Ueberzeugung, daß einzig nur der Arbeit die Herrschaft gebührt; sie schafft die Annehmlichkeiten des Lebens und veredelt die Sitte, sie ist das Band der Gesellschaft aller Culturvölker, die Erhalterin des Menschenthums.

Sie muß zum Cultus erhoben werden. Und wie noch jeder Cultus seine Befehrer in den Reihen der Bedrückten und Armen zuerst gefunden und von da aus, die Welt erobernd, sich verbreitete, gleichsam als ob die ihm zu Grunde liegende Idee erst durch Noth und Elend befruchtet werden müßte, so auch findet die Idee, daß die Arbeit die einzig rechtmäßige Beherrscherin der Gesellschaft sein müsse, ihre ersten Befehrer und opfermüthigen Streiter in den Reihen der Enterbten der Gesellschaft, in der Arbeiterklasse, dadurch aber ist der Anspruch Falfalles, daß die Arbeiter der Fels sind, auf den die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll, gerechtfertigt und gewiß, wir täuschen uns nicht, wenn wir die Zuversicht hegen, daß unsere Freunde gerade die Wahl dieses Mottos Befriedigung gewährt.

Am der Arbeit die ihr gebührende Stellung zu erkämpfen, geht zunächst unser Streben dahin, sie, die jetzt noch in den Fesseln des Kapitals und der Privilegien schmachtet, zu befreien, sie aus einer Domäne des Kapitals zum Gemeingut Aller zu machen, ihr den vollen Ertrag zu sichern. Nicht mehr sollen müßige Drohnen im Ueberfluß des Honigleims schwelgen, den die Arbeiter-bienen mit Mühe zusammengetragen, während diesen nur die Anstrengung bleibt und kaum soviel zuertheilt wird, als zur nothdürftigsten Fröstung eines jammervollen Lebens ausreicht.

Der Kampf, in den wir durch dieses Streben eintreten, ist ein schwerer, langer, erbitterter Kampf, aber wir sind zu jeglichem Opfer bereit und deshalb erfüllt uns Siegesgewißheit, Wahrheit und Gerechtigkeit sind unsere nimmer zu vernichtenden Waffen und alle Freunde dauernder Ordnung und gesicherter Zustände werden als Kampfgemeinschaft in unsere Reihen treten und das Banner der ewig unveräußerlichen Menschenrechte zum Siege führen helfen. Das ist:

„Der letzte Kampf auf Erden,
Der letzte heilige Krieg,
Kein anderer Kampf kann werden,
Folgt diesem erst der Sieg.“

Wir heißen das Blatt mit inniger Freude willkommen. Möge es in den Kreisen der Fachgenossen, der deutschen Cigarren-Arbeiter, die weiteste Verbreitung finden!

[Preussische Press-Schicksale.] Confiscirt wurde hier: ein Sendschreiben des Prof. Zachariae über

*) Das Lassalle'sche Motto lautet: Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.

den Obertribunalspruch vom 29. Januar. — Die Verurtheilung wurde am 15. d. M. von der hiesigen Preß-deputation ausgesprochen über: Nr. 32 der Wiener „Presse“ wegen eines Artikels über denselben Beschluß. — In Magdeburg stand vorgelesen die gesammte „Magdeburger Presse“ — drei Redactoren und der Verleger — vor Gericht, der Chef-Redacteur Abg. Hoppe, wurde aus §. 37 des Preßgesetzes zu 25 Thlr. Geldstrafe und, in Betracht der Vorbestrafungen, zum Verlust der Koncession als Herausgeber des Blattes verurtheilt. Es handelte sich um eine Anklage wegen Beleidigung und Verleumdung des Ministerpräsidenten. Der betreffende Artikel war während Hoppe's Abwesenheit aufgenommen worden; da er aber seinen Selbstvertreter bestellt und auch den Herausgeber nicht namhaft machte, so traf ihn die Verantwortlichkeit und Strafe gemäß §. 37 des Preßgesetzes. Die als Teilnehmer an dem Vergehen mitangeklagten Mitredactoren wurden freigesprochen, ebenso Hoppe und der Buchhändler Gebhardi wegen der Anklage aus §. 40 des Preßgesetzes (falsche Angabe hinsichtlich des Kommissionsverlages). — Aus Düsseldorf, vom 16., berichtet die „Rhein. Ztg.“: Heute Morgen wurde vor dem Justizpolizeigericht wieder in zwei Fällen gegen die „Rheinische Zeitung“ verhandelt. Der erste betraf einen in Nr. 2 derselben enthaltenen und „Rückblick“ überschriebenen Artikel, der zweite eine Berliner Korrespondenz „Vom Landtage“ in Nr. 43 des genannten Blattes. Beide sollten Vergehen wider den bekannten Hof- und Berathungsparagraphen, event. Beleidigung des Ministerpräsidenten enthalten. In Betreff des ersten Artikels erkannte das Gericht gegen den verantwortlichen Redacteur und Verfasser auf 20 Thlr. Geldstrafe, event. 1 Woche Gefängniß, welches Strafmaß auch bezüglich der Berliner Korrespondenz, und zwar wegen angeblicher Beleidigung des Ministerpräsidenten, gegen denselben Angeklagten zur Anwendung kam. Das Blatt schreibt ferner: Neue Anklagen: Heute Mittag wurde der verantwortliche Redacteur wegen der in Nr. 68 (2. Blatt) veröffentlichten Rede, welche der Abg. Jung in der hiesigen Bürgerversammlung gehalten hat, vor dem Untersuchungsrichter vernommen. Nach der Anklage verstößt die Rede gegen den §. 87 des Strafgesetzbuches. Am 6. April steht der Termin zur Verhandlung der Anklage wegen des Artikels „Ferdinand Freiligrath im Dabheim“ in Nr. 313 (2. Blatt) an; in demselben soll der Gymnasialdirector Herbst in Bielefeld „verleumder“ sein.

München, 15. März. [Ueber die Leitung der Staatsregierung] seit dem Tode des Königs Max II. äußert sich die „Allg. Ztg.“ in folgender treffender Weise:

Es ist eine unleugbare Thatsache, daß das Vertrauen des Landes zur Regierung in den letzten zwei Jahren etwas abgenommen hat. Der Fehler, der sich durch alle Zweige des Staatslebens geltend gemacht, ist Unsicherheit und Halbheit. Alles wurde angeführt, nichts fest ergriffen. Die gewerblichen und die gemeindlichen Verhältnisse leiden unter der völligen Unklarheit des geschaffenen Provisoriums, dessen lange Dauer das Vertrauen gebühlicher Führung mehr und mehr schwinden macht. Mit energischem Angriff der großen Kalamität des Tages, der landwirtschaftlichen Kreditlosigkeit, scheint einer im Bureau großgezogenen Verwaltung jedes Verantwortlich zu mangeln. Das große Gesetzgebungswerk von 1861 broht an der Laubart der Behörden und dem Mangel einer Organisation der Vollzugsorgane zu Grunde zu gehen. Der Richterhand, ein früher kräftiger Stamm, jedoch von ziemlich empfindlichem Holz, kränkelt an Nadelstichen, die ihm in längerer Zeit versetzt werden, und mehr noch an einer Organisation, die ihm jeden guten Nachwuchs abschneidet. Bei den an sich berechtigten Versuchen, den Auswüchsen der Tagespresse entgegenzutreten, ist Mangel an System und Geheißkunde zu beklagen. Das Volksschulwesen und damit die Bildung und der geistliche Sinn ganzer Kreise liegen, namentlich im katholischen Theile Bayerns, im Argen, und jeder Tag der Verzögerung einer Organisation, für welche das Land zu jedem Opfer bereit wäre, ist vom Uebel. Der confessionelle Friede, der im Lande so glückliche Wurzel gefaßt hatte, erscheint bedroht, und der höchste Ernst zur Erhaltung desselben nöthig. Es ist eine bemerkenswerthe Thatsache, daß die Anfänge der gegenwärtigen systematischen Opposition des bayerischen Episcopats auf nicht weiter als zwei Jahre zurückreichen. Die Person des Monarchen selbst wurde in unverantwortlicher Weise dadurch bloßgestellt, daß reinen Privatangelegenheiten, die mit der Liebe des Volkes zu seinem König sicherlich nichts zu schaffen hatten, der Mantel einer Staatsaction umgeworfen wurde, während umgekehrt große Regierungshandlungen, wie die Abführung der Finanzperioden und die Amnestie, in einer Weise vor die Kammer gebracht und daselbst vertreten wurden, welche ihren Werth zu verdecken geeignet war. Rechnet man dazu den Mangel jeglicher Befriedigung durch Staatsaction nach außen, und zwar in einer Zeit, in welcher die auf allen Seiten des politischen Horizonts aufsteigenden Gemüther täglich drohender werden, so ist